

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Modus moriendi

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1949) : Modus moriendi, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 2, pp. 7-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130870>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

gen. Im Sinne des Arbeitsvertragsverhältnisses kann der Streik als Mittel sowohl zur Durchsetzung sozialpolitischer Forderungen als auch des Lohnkampfes angewendet werden. *Im Lohnkampf hat der Einsatz eines so starken Mittels allerdings auch nur dann Sinn, wenn dadurch eine echte Reallohnsteigerung erzielt werden kann, und diese setzt eine Erhöhung der Produktivität voraus. Die moralische Rechtfertigung des Streikes liegt darin, daß ein Vertragspartner die Erfüllung eines Vertrages verweigern kann, wenn die Voraussetzungen, unter denen der Vertrag geschlossen worden ist, sich verändert haben.*

Ganz anders ist jedoch der Streik zu beurteilen, wenn er als ein Mittel zur Durchsetzung von wirtschaftspolitischen oder politischen Forderungen benutzt wird, deren Erfüllung nicht in der Macht des Vertragspartners steht. Jeder Streik fügt nicht nur dem Vertragspartner im Arbeitsvertrag, sondern der ganzen Volkswirtschaft einen Schaden zu, der bei Ausdehnung des Streiks die wirtschaftlichen Grundlagen erschüttern kann. Die organisierten Arbeitnehmer, die einen Streik auslösen können, bilden aber nur einen Teil des Sozialkörpers, und die Anwendung des Streiks zur Durchsetzung allgemeiner wirtschaftspolitischer oder politischer Forderungen würde eine Ausnutzung ihrer durch das Koalitionsrecht geschaffenen Machtposition bedeuten, die mit einem demokratischen Staatsaufbau nicht vereinbar ist und alle die benachteiligten muß, die sich nicht eines so starken Kampfmittels bedienen können. (h.)

Modus moriendi

Wenn die Verhältnisse unerträglich geworden sind, pflegt man sich auf einen Modus vivendi zu einigen. Der in Paris zwischen den Besatzungsmächten geschlossene Modus vivendi wird diesen vielleicht eine erträglichere Abwicklung ihrer Geschäfte ermöglichen — vielleicht, denn auch für sie ist der Modus nicht sehr lebensvoll. Für uns wird es aber nach allem bei dem Modus moriendi bleiben, in dem wir uns seit Jahren befinden.

Ja, wir leben in einem Modus moriendi, wenn auch teilweise ganz gut, wenn auch teilweise viel zu gut. Wir können alles haben, und möchten nicht daran denken, daß ein immer wachsender Teil unseres Volkes es durchaus nicht haben kann. Wir möchten glauben, daß alles gut wird und wissen doch nicht wie. Wir haben uns an einen offiziellen Optimismus gewöhnt, der aller Grundlagen entbehrt. Wir haben uns eingeredet, daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit überwunden sei: Wir haben lesen können, daß unsere Exportbemühungen von Erfolg gekrönt seien. Wir haben uns suggeriert, daß die Preise stetig sinken und der Lebensstandard sich laufend erhöht. Wir werden glauben, daß die neue Kreditpolitik einen ungeahnten Wirtschaftsaufschwung bringen wird.

Wir haben weder das Flüchtlingsproblem gemeistert, wir haben das Wohnungsproblem kaum in Angriff genommen. Wir haben so gut wie nichts erreicht, um die lebensnotwendigsten Bedürfnisse eines großen Teiles unseres Volkes zu befriedigen. Wir stehen vor einer wachsenden Arbeitslosigkeit und haben, offen gesagt, nicht die geringste Aussicht, um uns von 1953 ab ohne auswärtige Hilfe selbst erhalten zu können. Wir dürfen nicht erwarten, daß andere für uns den Modus vivendi finden, nur wir selbst können zu einer Lösung dieses Problems gelangen. Dazu ist es aber nötig, daß wir die Augen nicht verschließen vor der Situation, in der wir uns befinden. Unsere Mittel und Kräfte sind sehr beschränkt. Und diesen beschränkten Mitteln entsprechend müssen wir uns unsere Lebenshaltung einrichten. Wenn wir alle von diesen bescheidenen Mitteln leben wollen, so müssen wir auf eine soziale Ausgeglichenheit hinwirken. Ob das allerdings durch einen Lastenausgleich erreicht werden kann, der nur dazu beitragen wird, Mittel der Kapitalbildung zusätzlich in den Verbrauch zu führen, bleibe dahingestellt.

Was not tut, ist eine klare Wirtschaftspolitik, die frei von aller parteipolitischen Dogmatik darauf hinsteuert, daß mit Hilfe unserer beschränkten Mittel eine erträgliche Versorgung — denn mehr können wir nicht erwarten — sichergestellt wird und daß durch eine weitgehende Enthaltbarkeit Kräfte frei werden, die einen Produktionsapparat aufbauen, der uns ganz nach und nach eine Besserung der Lebenshaltung ermöglicht. Eine Wirtschaftspolitik also, die unter Ausschaltung aller politischen und sozialen Spannungen einen Modus vivendi sucht. (sk.)

Entwicklungstendenzen im europäischen Sozialismus

Aus London

Der Begeisterung über die Nationalisierungen ist in England schnell eine Welle der Ernüchterung und Enttäuschung gefolgt, und zwar gerade bei denen, die sie als politischen Sieg gefeiert hatten. Der Konsument spürt nun am eigenen Leibe, daß unter den obwaltenden Umständen staats-eigene Unternehmungen densel-

ben Wirtschafts- und Wirtschaftlichkeitsgesetzen unterliegen wie solche in Privateigentum, und der Arbeiter vermißt einen gründlichen Wandel seiner Stellung im sozialisierten Betrieb. *Die neuen Direktoren, von denen manche mit Absicht aus Gewerkschaftskreisen gewählt waren, um dem Arbeiter das Gefühl zu geben, daß Männer seiner Wahl an der Spitze stehen,*

erscheinen ihm ebenso fremd und diktatorisch wie die früheren Besitzer.

Für die Gewerkschaften und ihre Vertreter in der Labour Party und Regierung ist das Problem sehr heikel, sind es doch größtenteils ihre Führer, die im Kreuzfeuer der Kritik stehen. Nicht mit Unrecht führen sie widrige äußere Umstände als er-

schwerende Faktoren an und mahnen zu Geduld. Die Sozialisierung biete langfristige Vorteile, bedürfe aber unmittelbarer aktiver Hilfe seitens des Arbeiters — nicht um erhöhter Löhne und besserer Arbeitsbedingungen willen, die später folgen würden, sondern im Interesse der Allgemeinheit. Der Appell an Gemeingefühl und gesunden Menschenverstand entspricht dem traditionellen Geist der britischen Gewerkschaftsbewegung und ist interessanterweise gerade dort auf offene Ohren gestoßen, wo die Arbeiter mit den früheren privaten Besitzern schlechte Erfahrungen gemacht hatten.

Aber es ist kein Zufall, daß auf der Pfingstkonferenz der Labour Party Mr. Herbert Morrison für den Parteivorstand die Forderung auf eine „Sozialisierung der besten Köpfe der Wirtschafts- und Geschäftswelt“ erhob. *Man fühlt allgemein, daß die Überführung der physischen Aktiven einer Industrie in Staatsbesitz nicht genügt, sondern daß ein guter Geist nützt*, der Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit mit Verständnis für die Empfindungen der Arbeiter und die wirtschaftlichen Erfordernisse verbindet. Auf der psychologischen Ebene hat die Sozialisierungspolitik in Großbritannien bei weitem noch nicht alle Probleme gelöst. (A.)

Aus Stockholm

Wenn die Formgebung sozialistischen Gedankengutes in den Nordländern heute auf etwa zwei Jahrzehnte praktischer Politik zurückblicken kann, dann scheint ein solcher Zeitraum an und für sich zu kurz, um ein abschließendes Urteil darüber abzugeben, ob der Sozialismus aus ursprünglich doktrinär gebundener Parteipolitik herausgewachsen oder in dieser Zeit tatsächlich schon Staatspolitik im strengen Sinne gewesen ist. Dennoch aber lassen die in den Nordländern vorliegenden Entwicklungslinien bei vorsichtiger Wertung den Schluß zu, daß sich ideenmäßig die Regierungen dieser Länder allzu weit von den

dogmatischen Formen des Sozialismus vielleicht nicht entfernt haben mögen, daß sie ihn aber in der praktischen Politik — möglicherweise nur vorübergehend — in einer für die Sozialstruktur nennenswerten Weise so vorsichtig zur Anwendung gebracht haben, daß von einem Sozialismus im eigentlichen Sinne nicht viel übrig geblieben ist.

Staatspolitisch läßt sich gegenwärtig kaum im Norden eine Maßnahme anführen, aus welcher auf eine krasse Durchführung typisch sozialistischer Formen oder Prinzipien geschlossen werden könnte. Im Gegenteil! In allen drei Nordländern ist bis auf den heutigen Tag die Monarchie erhalten geblieben, und es sind nicht die geringsten Anzeichen dafür vorhanden, daß sich in absehbarer Zeit daran etwas ändern wird. Es mag sein, daß der monarchische Gedanke durch die bekannten Vorgänge in Dänemark und Norwegen während des Krieges erst wieder Stütze und neuen Auftrieb erhalten hat, bestehen bleibt, daß die Stellung der Monarchie im Norden heute stärker ist denn je. Als ein anderes, aber ebenfalls sehr entscheidendes Beispiel sei an die Staatskirche erinnert, an deren Fortbestehen vorerst gleichfalls nicht gerüttelt werden dürfte.

Die wirtschaftspolitische Linie der Nordländer hat in den letzten zwei Jahrzehnten im Zeichen des Ausgleichs sozialer Spannungen gestanden. Dominierend war eine auf breiter Grundlage aufgebaute Sozialpolitik, welche sich auf alle Bevölkerungskreise erstreckt hat, während staatssozialistische Experimente eine wirkliche Bedeutung nicht gehabt haben. Die Begriffe des Privateigentums und der privaten Wirtschaft sind ernstlich nicht angetastet worden, wenn auch direkte Beteiligungen des Staates am Wirtschaftsprozeß vereinzelt vorgekommen sind. Die erst während des Krieges zu wirklicher Bedeutung gelangte „Planwirtschaft“, die häufig als

Beispiel sozialistischer Wirtschaftspolitik angeführt wird, möchte bei Beurteilung der gestellten Frage außer Betracht gelassen werden, weil sie — cum grano salis — in Nordeuropa in jedem Falle weitgehend durch die Zeitverhältnisse bedingt gewesen ist, bzw. wie im Falle Dänemark, sich aus der weltwirtschaftlich nicht sonderlich starken Position des Landes erklärt. Ähnliches gilt für die gegenwärtig zweifellos überspitzte, vielfach als „konfiskatorisch“ bezeichnete Steuerpolitik. Für beide Fälle darf mit einem hohen Grad von Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß mit der Rückkehr zu normalen Wirtschaftsverhältnissen „Planwirtschaft“ und Steuerpolitik in einem solchen Umfang wieder abgebaut werden, daß sie als typisch sozialistische Tatbestände der wirtschaftspolitischen Führung nicht mehr angesprochen werden können.

In großen Zügen läßt sich die stark sozialdemokratisch betonte Staats- und Wirtschaftspolitik der Nordländer in den beiden letzten Jahrzehnten so umreißen, daß sie auf die Verwirklichung eines dogmatischen Sozialismus verzichtet hat — jedenfalls im grundsätzlichen —, und daß sie deutliche Züge einer gewissen Verbürgerlichung aufweist, was selbstverständlich nicht ausschließt, daß vielfach in den sozialdemokratischen Parteien Kräfte am Werke sind, deren Ziel die Sozialisierung auf breiter Basis wäre, und denen die reine Parteipolitik sehr viel mehr vorschwebt als eine wirkliche Staatspolitik. Bisher sind diese Kräfte aber nicht zum Zuge gekommen. Im Hinblick auf die staatliche und wirtschaftliche Entwicklung der Nordländer seit Beginn der dreißiger Jahre läßt sich wohl sagen, daß der nord-europäische Sozialismus unter Hintansetzung extrem-dogmatischer Prinzipien der Bildung einer staatstragenden Idee durchaus fähig gewesen ist.

(dt.)

Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST: Einzelpreis: DM 3,50, vierteljährlich DM 10,—, mit Beilage „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ vierteljährlich DM 36,—. Zu beziehen direkt vom Verlag oder durch den Buchhandel.